

Pressespiegel

26.06.2012 - Haushalt



Der Sanierungsplan ist auf dem Weg

30 von 140 Sparvorgaben wurden von der Ratsmehrheit abgeändert

Von Alfons Winterseel

Um 82 Millionen Euro geringer als heute soll im Jahr 2021 das Duisburger Haushaltsvolumen ausfallen. Die Streichliste, die die Verwaltung vor einigen Wochen präsentierte, war lang: u.a. Kündigung des Opernvertrages mit Düsseldorf, Heraufsetzen der Kita-Gebühren, weitere Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuern, Streichungen von Zuschüssen, Schließung der Rheinhausen-Halle Stadtbibliotheken und Bädern, Reduzierung der Bezirksvertretungen. Auch die Sprachförderung stand auf der Streichliste, die Schwangerschaftsberatung und Zuschüsse für Psychiatrische Hilfsvereine.

Die rot-rot-grüne Ratsmehrheit macht das jedoch nicht mit und änderte in der Sitzung am Montag die Sparpläne des Haushaltssanierungsplans über ein Volumen von rund 22,3 Millionen Euro ab. Die Kompensation soll über Mehreinnahmen durch ein Vorziehen der von der Verwaltung schon eingeplanten Gewerbe- und Grundsteuererhöhung sowie Einsparungen an anderen Stellen und die Schaffung eines zentralen Einkaufs erfolgen.

Insgesamt beschäftigte sich der Rat am Montag mit 38 Änderungsanträgen der Politik. Am geplanten Einsparvolumen von 82 Millionen Euro durften sie allerdings nichts ändern. Am Ende setzte sich die rot-rot-grüne Ratsmehrheit in allen

Punkten durch.

Das mediale Interesse an den Haushaltsberatungen in Duisburg war schon lange nicht mehr so groß: Presse, Funk und Fernsehen drängten sich auf den wenige Plätzen in einer Ecke des Ratssaals.

Wie üblich nutzten die Fraktionen die Haushaltsberatungen zum politischen Schlagabtausch (Auszüge 2. Lokalseite). SPD-Fraktionsvorsitzender Herbert Mettler zeigte sich „stolz darüber, dass Rot-Rot-Grün in den Änderungsanträgen das soziale Gewissen zeigen kann.“ Gleichzeitig lege man eine

Liste von Deckungsvorschlägen vor, um die Änderungen zu kompensieren.

Die Vorsitzende der CDU-Fraktion, Petra Vogt, sprach von „wilden Luftbuchungen“, die die Ratsmehrheit hier vornehme und kritisierte, dass es entgegen den Forderungen aus dem Rat keine gemeinsame Finanzkommission gegründet worden sei, erneuert aber ihr Angebot zu Zusammenarbeit. Der Erhöhung der Grundsteuer erteilte sie eine Absage.

Dieter Kantel (Grüne) sprach davon, dass Duisburg erstmals wieder

eine Perspektive habe. Die Kompensationsvorschläge der Ratsmehrheit würden keinerlei politischen Forderungen beinhalten wie beispielsweise die Abschaffung der Zahlungen für den Aufbau Ost. Kantel verwies aber auch auf Unwägbarkeiten: So sei die Zinsentwicklung nicht abzusehen und ein Anstieg könnte alle Pläne schnell zunichte machen. „Wir brauchen den Sanierungsplan trotzdem.“

Hermann Dierkes (Die Linke) sieht die wesentliche Ursache, dass sich Duisburg in dieser Notlage befinde, „in der Umverteilung von Unten nach Oben“. Der Stärkungspakt löse das Problem nicht nachhaltig, man müsse aber notgedrungen teilnehmen.

Der Vorsitzende der DWG-Fraktion, Karlheinz Hagenbuck, forderte eine höhere Grundsteuer, um von einer Gewerbesteuererhöhung abzusehen. Die Oper müsse erhalten bleiben, aber höhere Eintrittspreise verlangt werden.

Für die FDP erneuerte Wilhelm die seit Jahren vorgetragenen Forderung nach Privatisierung der städtischen Gesellschaften. Mit dem Erlös ließen sich die Schulden abbauen, wodurch die jährliche Zinsbelastungen sinken würden.

Lob hatte der Rat für die Verwaltung, die in einem Kraftakt den Haushaltssanierungsplan aufgestellt hatte, der nun in 30 von rund 140 Punkten abgeändert wurde. Das letzte Wort hat die Bezirksregierung.

KOMMENTAR

Von Alfons Winterseel



Möge die Übung gelingen

So ein Vorhaben hat es es noch nie gegeben: Die Haushaltssanierung mit einem Volumen von 82 Mio. Euro ist das erklärte Ziel für 2021. Duisburg habe auf großem Fuß gelebt, sagte Dieter Kantel von Grünen selbstkritisch. Doch vor allem liegt es daran, dass andere in vielen Fällen die Musik bestellt und Duisburg das Zahlen der Rechnung überlassen haben.

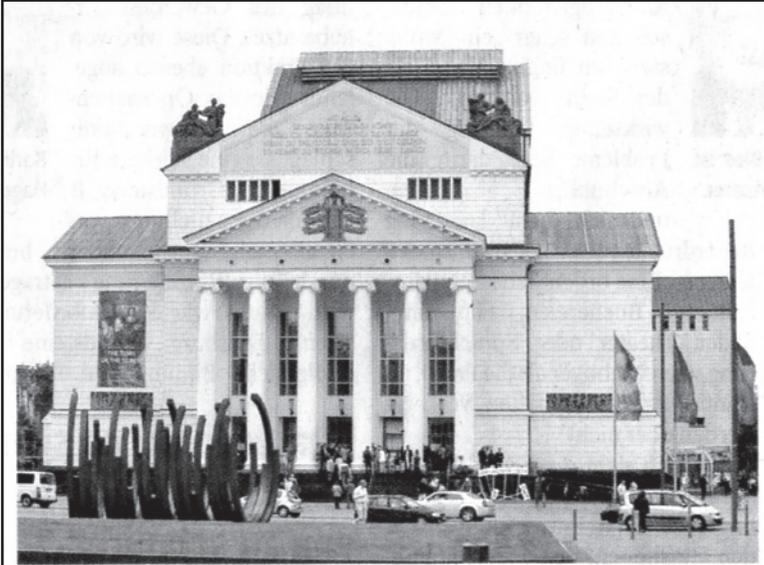
Auch die lange gepflegte Vorstellung, dass eine Kommune nicht pleite gehen kann, trägt eine Mitschuld an der heutigen Situation. Doch wenn die Banken nicht

mehr mitspielen, ist auch eine Stadt erst mal pleite.

Dass der Sanierungsplan ein Weg ist, um Duisburgs Probleme wieder in den Griff zu kriegen, stimmt sicherlich. Aber eben ein Weg, der auch steinig werden kann. Zum Beispiel, wenn die Zinsen plötzlich wieder steigen, worauf Kantel ganz richtig hinwies.

Die Kommunalaufsicht hat nun das letzte Wort. Und das wird entscheidend sein. Kommt von dort kein grünes Licht, werden die Diskussionen erneut beginnen.

Möge die Übung also gelingen.



Abgewendet: Die Opernehe mit Düsseldorf wird weiter bestehen, doch muss auch hier gespart werden.

FOTO: TANJA PICKARTZ



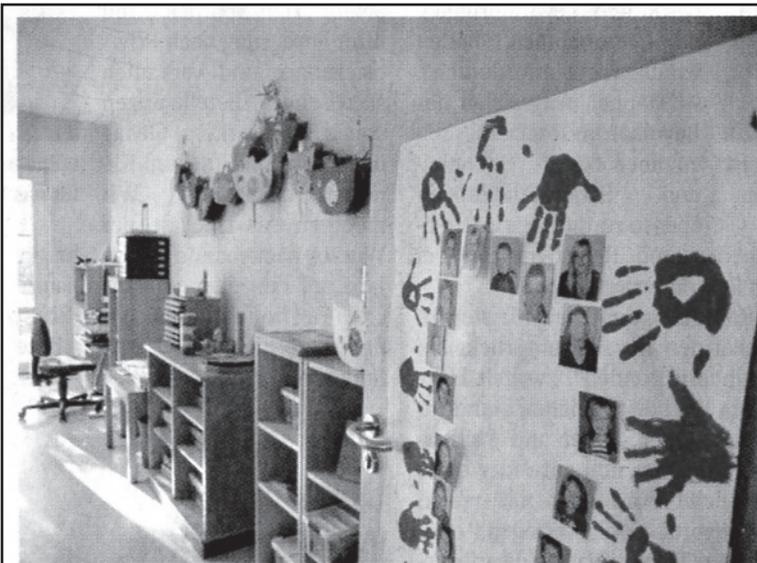
Zugestimmt: Auf die Mieter sowie auf die Eigentümer von Wohnungseigentum kommt eine weitere Erhöhung der Grundsteuer zu.

FOTO: MILBRET, UDO



Zugestimmt: Die bereits von der Verwaltung geplante Erhöhung der Gewerbesteuer wird vorgezogen.

FOTO: GEINOWSKI, FRIEDHELM



Abgewendet: Die Ratsmehrheit lehnt den Vorschlag zur Erhöhung der Elternbeiträge in den Kitas ab.

FOTO: TANJA PICKARTZ

SPD ist stolz auf ihr „soziales Gewissen“

Fraktionssprecher Herbert Mettler: Saubere Alternativen

„Heute ist der Tag, wo hier im Ratssaal die Hosen heruntergelassen werden.“ Mit dieser – wohlge- merkt – sinnbildlichen Erklärung eröffnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Mettler die traditionellen Fraktionsreden zum Etat und zum Sparpaket. Mit dem Stärkungspakt und den 350 Mio Euro Landesmitteln bis 2016 habe Duisburg nun eine „ungeahnte und nicht erwartete Perspektive“.

„Wir haben das nackte Grauen bekommen bei dem Gedanken, die Kindergartengebühren um 70 Prozent zu erhöhen. Man hat wirklich keine Vorstellung, was eine Verwaltung reitet, so einen Vorschlag vorzulegen“, sagte Mettler, der ohnehin

„Heute ist der Tag, wo hier im Ratssaal die Hosen heruntergelassen werden.“

Herbert Mettler, SPD



Herbert Mettler bezeichnet CDU-Vorschläge als Klamauk.

harsche Kritik an der Verwaltungsspitze äußerte: Dezernenten hätten in der Öffentlichkeit die eigenen Vorschläge in Frage gestellt, die Politik beschimpft und in den Papieren seien teils „fatale Zahlenfehler“.

„Wer denkt sich so etwas aus?“, kommentierte Mettler auch den Rathaus-Vorschlag, den Senioren- und Integrationsbeirat abzuschaffen. Auch das Aus für die Opern-Ehe und die Rheinhausenhalle macht die SPD bekanntlich nicht mit. Ebenso wenig die Schließung der Stadtteilbüchereien und die Streichung der Sprachförderung. „Wir sind stolz da-

rauf, dieses soziale Gewissen zu zeigen“, erklärte der SPD-Politiker.

Die Gegenvorschläge des rot-rot-grünen Bündnisses bezeichnete Mettler als „klar und sauber nachvollziehbar“. Zusätzliche Erträge aus dem Klinikum und dem Hafen seien „gerechtfertigt, weil sie niemanden überfordern“. Die geplanten Steuererhöhungen und ihr zeitliches Vorziehen auf 2014 sei „kein Untergangsszenario, wie einige Wahlkämpfer glauben machen wollen“, so Mettler weiter.

FDP und DWG-Fraktion hielt Mettler vor, dass ihre Gegenvorschläge, etwa Verkäufe von Klinikum oder Gebag, nicht ausreichen, um die geforderten 60 Millionen Euro Einsparsumme bis 2016 zu erzielen. Die Methode der CDU, „alles und jedes zu versprechen“, sei „nicht nur „billig, sondern auch durchschaubar“. Den Wert einer Büttenrede habe die Erwartung der CDU, mit einem zentralen Einkauf 30 Millionen Euro erreichen zu können: „Das ist Klamauk“, so Mettler.

Linke gegen den sozialen Kahlschlag

Fraktionsvorsitzender Hermann Dierkes: Verwaltung umstrukturieren

„Wir nehmen notgedrungen am Stärkungspakt teil, aber er verschreibt uns eine Rosskur mit ungewissen Heilungs-Chancen“, so der Linke-Fraktionsvorsitzende Hermann Dierkes, der erneut betonte, dass die Umverteilungspolitik von „unten nach oben“ für die Finanzmisere der Kommunen verantwortlich ist.

Ziel der Linken sei es, „soziale Ausgewogenheit zu erhalten, lebenswichtige Strukturen und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten nicht zu zerstören“. Deshalb habe

„Der Stärkungspakt verschreibt uns eine Rosskur mit ungewissen Heilungschancen.“

Hermann Dierkes, Linke



Hermann Dierkes nimmt die DMG und die IDE ins Visier.

man 30 der 140 von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen abgelehnt – etwa die Erhöhung der Kindergartenbeiträge und alle Maßnahmen, die soziale Hilfseinrichtungen existenziell bedrohen würden.

„Ernst machen“, so Dierkes, will das rot-rot-grüne Ratsbündnis mit der Umstrukturierung der Stadtverwaltung und einiger städtischer Töchter wie der Marketinggesellschaft und der Innenstadt-Entwicklungsgesellschaft IDE. Von einem zentralen Einkauf erwartet die Lin-

ke eine Einsparsumme von fünf Millionen Euro. Als „haushaltspolitischen Luftballon“ bezeichnete Dierkes die von CDU eingesetzte Summe von 30 Millionen Euro.

„Wir wissen, dass wir Walsum und Homberg mit der Aufgabe der Freibäder einiges abverlangen“, so Dierkes. Von der Deutschen Oper, deren Ehe mit Düsseldorf erhalten bleiben soll, fordert die Linke ein programmatische Umorientierung. „Das Angebot entspricht nicht der multikulturellen Zusammensetzung unserer Stadtbevölkerung, ihren Bedürfnissen und Potenzialen“.

Die Kritik an den Steuererhöhungen bezeichnete Dierkes als „reflexhaft“. Auch die Wirtschaft müsse ihren Beitrag zu einer lebendigen und attraktiven Stadt leisten. „Wir wollen die Kühe nicht schlachten, die den Stadtfinanzen Milch geben“, lehnte Dierkes eine Privatisierung städtischer Gesellschaften ab.

Bündnisgrüne sehen Perspektiven

Fraktionssprecher Dieter Kantel: Finanzkrise auch hausgemacht

Das ist für den Grünen-Fraktionssprecher Dieter Kantel neu in Duisburgs langen Ringen um seine Finanzen: „Duisburg hat endlich wieder eine Perspektive, die finanziellen Entscheidungen in die eigenen Hände zu bekommen“, zeigte sich Kantel zuversichtlich, dass der Haushaltssanierungsplan eine „realistische Aussicht auf Genehmigung“ durch die Bezirksregierung hat.

Selbstkritisch sagte Kantel, dass Duisburgs Finanzmisere „auch selbstverschuldet“ sei, trotz aller Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, die Kommunen „auszulöffeln“ hätten. Duisburg habe im-

**„Mit einem Satz:
Duisburg hat auf zu
großem Fuß gelebt.“**

Dieter Kantel,
Bündnisgrüne



Dieter Kantel erwartet die Genehmigung durch die Finanzaufsicht.

mer noch einen Infrastruktur einer 600 000-Einwohner-Stadt und müsse zudem aus seinem Kirchturmsdenken herauskommen. Kantel: „Mit einem Satz: Duisburg hat auf zu großem Fuß gelebt.“

Dennoch soll es jetzt nach dem Willen der Bündnisgrünen keinen Kahlschlag im sozialen, kulturellen, sportlichen oder ökologischen Bereich geben. Das Sparpaket habe ein „vertretbares Strickmuster“: Nahezu jeder Bereich müsse „gewisse Einschränkungen“ hinnehmen.

Neu bei der aktuellen Diskussion über die Haushaltssanierung sei die stärkere Bürgerbeteiligung gewesen. Viele tausend Menschen hätten sich über das Online-Portal beteiligt. Das Verfahren müsse aber noch bürgerfreundlicher und verständlicher werden, forderte Kantel für die künftigen Verfahren. Als Widerspruch bezeichnete es der Bündnisgrüne, mehr Mitsprache einzufordern, gleichzeitig Mandate in Bezirksvertretungen und im Rat massiv zu reduzieren. Seine Fraktion hätte es allerdings „vertretbar“ gefunden, den Rat um sechs statt um zwei Sitze zu verkleinern.

Die Erhöhung von Gewerbe und Grundsteuer, damit „alle die Zeche zahlen“, hält Kantel für unumgänglich. Zugleich räumte er ein: Sollten die Kreditzinsen steigen, wäre der „Haushaltssanierungsplan nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben ist“.

CDU wirft der SPD „Durchwurschteln“ vor

Fraktionsvorsitzende Petra Vogt: „Lustige Zahlenreihen“

„Gut gedacht, schlecht gemacht“, so bewertet die CDU-Fraktionsvorsitzende Petra Vogt den Stärkungspakt NRW und richtete damit ihre Kritik sowohl an die rot-grüne Landesregierung, vor allem aber an die örtliche SPD, die statt ehrlich zu sparen „wilde Aktionen und Luftbuchungen“ einfüge. Die SPD, rügte Vogt, „lässt niemanden mitreden, zuhören ist sowieso schwierig und andere Meinungen sind ihr ebenfalls unwichtig“.

Vogt erinnerte daran, dass die CDU seit langem eine fraktionsübergreifende gemeinsame Kommission oder Arbeitsgruppe gefor-

„Jetzt stehen wir hier und können im Grunde den Wald vor lauter Bäumen kaum noch sehen.“

Petra Vogt, CDU



Petra Vogt nahm sich vor allem die SPD zur Brust.

dert hatte. Stattdessen stehe man jetzt vor wichtigen Entscheidungen binnen kürzester Zeit. „Jetzt stehen wir hier und können im Grunde den Wald vor lauter Bäumen kaum noch sehen“, weil Hunderte Seiten unterschiedlichster Pläne vorlägen. „Wie kann es sein, dass es innerhalb von sechs Wochen gelingen soll, ein Sparpaket zu beraten und ohne Alternativvorschläge auf die geforderte Summe von 82 Millionen Euro zu kommen?“, so Vogt. Die kurzfristige Bürgerbeteiligung sei daher auch lediglich „Augenwischerei“. Gleichzeitig präsentiere Rot-Rot-

Grün ein Papier, „das alles in der Bürgerschaft Unpopuläre verhindern will und urplötzlich Finanzierungswege findet, die vorher keine kannte“. Die Sparvorschläge des Bündnisses bezeichnete Vogt als „lustige Zahlenreihen“. Ausgerechnet die Stadt mit der größten Landeshilfe präsentiere ein „löchriges Papier mit Eckdaten und Wunschzahlen“. Die SPD mute den Bürger viele Belastungen zu, ohne dadurch die finanziellen Probleme der Stadt auch nur ansatzweise zu lösen. Die Steuererhöhung will die CDU nicht mittragen, sieht aber, dass wünschenswerte Senkungen auch nicht möglich seien.

Vogt befürwortete, dass über die städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe diskutiert werden müsse, aber „nicht nur über die wenigen, an deren Spitze noch kein Geschäftsführer mit SPD-Parteibuch sitzt“, machte die Fraktionsvorsitzende klar.

Die Ratsreden fasste WAZ-Redakteur Oliver Schmeer zusammen

FDP bleibt auf Kurs: Forderung nach Privatisierungen

Sprecher Wilhelm Bies: Altschulden abbauen

Die FDP bleibt bei ihrem Kurs und verbindet ihr „Nein“ zum Sparpaket mit ihrer Forderung nach Privatisierungen und Verkäufen städtischer Beteiligungen von Stadtwerke, Gebag über Hafen bis hin zum Klinikum Duisburg. „Wir möchten das Übel an der



Wilhelm Bies ist für das Theater.

Wurzel packen und nicht Jahr für Jahr auf den eher unwahrscheinlichen Fall hoffen, dass sich möglichst finanziell nichts bewegt“, erklärte Fraktionssprecher Wilhelm Bies.

„Wir möchten das Übel an der Wurzel packen.“

Wilhelm Bies, FDP

Die defizitär arbeitenden oder „abenteuerlich am Markt agierenden“ Gesellschaften seien „ein Mühlstein am finanziellen Hals der Stadt Duisburg“. Die wirksamste Lösung der Probleme liege darin, die Altschulden abzubauen und sich damit langfristig der erdrückenden Zinslasten zu entledigen. Eine ordentliche Schulausstattung, Büchereien, Schwimmbäder, Theater oder Sprachförderung seien wichtiger als die Frage, ob städtische Gesellschaften verkauft werden oder nicht.

Zugleich sieht die FDP den Stärkungspakt auf tönernen Füßen. Zu ungewiss seien Entwicklungen bei den Zinshöhen, den Steuereinnahmen oder den Tarifabschlüssen in den kommenden Jahren.

DWG spricht sich gegen Steuererhöhungen aus

Karlheinz Hagenbuck: Nicht an Bildung sparen

Als „falsches Signal“ bezeichnet die DWG die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes. Diese wird von der Fraktion ebenso abgelehnt wie das Opernehmen-Aus. Als Kompensation schlägt sie eine stärkere Erhöhung der Grundsteuer B vor, „da diese nicht nur von einer Zielgruppe, sondern breit durch die Bevölkerung getragen wird“. Kitas wie Sprachförderung seien in Duisburg „Grundsteine für erfolgreiche Bildung und Integra-



Karlheinz Hagenbuck

tion“, sagte KarhHeinz Hagenbuck. „Hier kann und darf nicht gespart werden.“ Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung begrüßt die DWG, wenn dafür kostenloses Kurzparken eingeführt wird. Millionen-erträge erhofft sich die DWG über den Verkauf der

Gebag-Immobilien im Laufe der nächsten zehn Jahre. Auch der Klinikum-Anteil sollte verkauft werden. Einsparpotenziale sieht sie in einer Verschmelzung von Wirtschaftsförderung und Marketinggesellschaft.

„Mehr zahlen, weniger Leistung“, so Hagenbuck, sei das Korsett für die nächsten zehn Jahre, „das wenig Luft für gestalterischen Freiraum“ lasse. Der Lohn sei die Konsolidierung des Haushaltes: „Dafür lohnt es sich, das Korsett eng zu schnüren“.

„Dafür lohnt es sich, das Korsett eng zu schnüren.“

Karlheinz Hagenbuck
 DWG

Bürger-Union: Gebag und RWE-Aktien verkaufen

Knut Happel: Keine höheren Kita-Gebühren

Für die Bürger-Union gibt es nach den Worten von Rats-herr Knut Happel „Tabus“: Dazu zählen höhere Kita-Gebühren, Steuererhöhungen und eine Aufgabe der Sprachförderung. Dagegen schlägt sie den Verkauf der Gebag, der RWE-Aktien, des städtischen Anteils am Klinikum Duisburg und an der Müll-verbrennungsanlage Oberhausen



Knut Happel ist Opern-Kritiker.

vor. Das brächte 250 Mio Euro. „Weitere Verkäufe, insbesondere gewinnbringende Unternehmen, halten wir für nicht erforderlich“, so Happel. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs seien aber Bäder-, Bücherei- und Schulschließungen ebenso zumutbar wie Personalabbau und Reduzierungen bei den Bezirksvertretungen.

„Keine Geige und kein Meistersinger hat den Bevölkerungsrückgang verhindern können.“

Knut Happel, Bürger-Union

„Keine Geige und kein Meistersinger hat den Bevölkerungsrückgang verhindern können“, zweifelt Happel am Wert des „weichen Standortfaktors“ Oper. „Oper und Philharmonie müssen sich entweder ohne öffentliche Förderung mit realen Eintrittspreise selbst tragen, oder sich neue Wege privater Kulturförderung erschließen, ansonsten gibt es keine Alternative zum Ehe-Aus.“



„Wir nehmen notgedrungen am Stärkungspakt teil, aber er verschreibt uns eine Rosskur mit ungewissen Heilungschancen.“

Hermann Dierkes, Die Linke



„Jeder Bereich muss Einsparungen hinnehmen, weil die Situation nichts anderes erlaubt. Aber es gibt kein Kaputt-Sparen.“

Dieter Kantel, Bündnisgrüne



„Die Erhöhung der Gewerbesteuer beträgt über zehn Jahre gerade einmal 6,1 Prozent. Das ist kein Untergangsszenario.“

Herbert Mettler, SPD-Fraktionschef

Schlagabtausch im Haushaltsloch

Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und Linke setzt angekündigte Schwerpunkte durch. CDU beklagt fehlende Beratung über Fraktionsgrenzen hinweg und ein „löchriges Papier“

Von Ingo Blazejewski

Der Stadtrat hat gestern ein 82 Millionen Euro schweres Sparpaket beschlossen, um im Jahr 2021 ohne zusätzliche Landeshilfen aus dem Stärkungspakt endlich wieder einen Haushaltsausgleich zu schaffen. Der sogenannte „Haushaltssanierungsplan“ trägt dabei die Handschrift von SPD, Grünen und Linke. Denn wenig überraschend hat die rot-rot-grüne Ratsmehrheit ihr Konzept durchgesetzt, das sie bereits vor mehr als einer Woche präsentiert hatte.

„Wir unterscheiden uns damit für jeden erkennbar von denen, die seit sechs Wochen durch die Stadt laufen und alles versprechen, aber nicht, wie sie den Haushalt ausgleichen wollen“, begann SPD-Fraktionschef Herbert Mettler den Schlagabtausch sogleich in Richtung CDU. „Wer das Erbe der letzten sieben Jahre anpreist, der sollte auch sagen, dass sich in dieser Zeit die Schulden der Stadt verdoppelt haben. Da ist die Fortführung dieser Politik kein Versprechen, sondern eine Drohung“, sagte Mettler.

Rot-Rot-Grün setzt mit dem Beschluss auf Alternativen zur vorgeschlagenen Tränenliste der Stadtverwaltung. Die Kernpunkte: Die Opernehe bleibt erhalten, die Kita-Gebühren bleiben (Mettler: „Die geplante Erhöhung um 70 Prozent ist das nackte Grauen“), im Gegenzug werden die Grund- und Gewerbesteuern erhöht. „Wir ziehen die von der Verwaltung maßvoll eingepreiste Erhöhung vor“, so Mettler.

Für die Grünen hat der Haushaltsplan „eine realistische Aussicht auf Genehmigung, vollkommen anders als in den Jahren zuvor“, sagte Dieter Kantel. Die Finanzsituation sei aber auch selbst verschuldet: „Duisburg hat auf zu großem Fuß gelebt“.

Die CDU hingegen beklagt sich über fehlende fraktionsübergreifende Haushaltsberatungen. „Diese Entscheidungen fallen niemanden leicht, aber sie wären allen viel leichter gefallen, wenn wir sie zusammen diskutiert hätten, um die wesentlichen Prioritäten zu set-

zen“, sagte Petra Vogt. Die SPD aber lasse „niemanden mitreden, andere Meinung sind Ihnen ebenfalls unwichtig“, kritisierte Vogt. Der Sparbeschluss würde nur „auf dem geduldigen Papier“ 82 Mio Euro erreichen: „Ich frage mich, was der Innenminister und Duisburger SPD-Chef dazu sagt, wenn die Stadt mit der größten Landeshilfe ein löchriges Papier mit Wunschzahlen präsentiert“.

Die FDP sprach sich weiter für den Verkauf städtischer Gesellschaften aus. Altschulden müssten abgebaut werden. „Wir müssen das Übel an der Wurzel packen“, so Wilhelm Bies. Defizitäre oder „abenteuerlich am Markt agierende“ Gesellschaften seien „ein Mühlstein am Hals der Stadt und ihrer Bürger“.

Vor allem die Linke lehnt die Privatisierung ab, nicht nur, weil die Stadtwerke das DVG-Defizit auffangen, so Hermann Dierkes: „wir wollen weder die Kühe schlachten, die den Stadtfinanzen Milch geben sollen, noch tausende Beschäftigte, ihre Familien und Gebag-Mieter in Angst und Schrecken versetzen“.



„Von der SPD-geführten Ratsmehrheit werden lustige Zahlen eingeworfen, Luftnummern eingespeist und heftig gewürfelt“

Petra Vogt, CDU-Fraktionschefin



„In nicht ferner Zukunft wird der Weg der Verfügbarmachung von privatem Kapital gegangen, der ohnehin schon jetzt klar ist.“

Wilhelm Bies, FDP-Fraktionschef



„Der Plan wird die Stadt in ein eng geschnürtes Korsett zwingen, das wenig Luft für gestalterischen Freiraum lässt.“

Karlheinz Hagenbuck, DWG

Diese Vorschläge der Stadtverwaltung hat der Rat mehrheitlich abgelehnt:

- Es werden keine weiteren Anteile des **Klinikums** Duisburg verkauft.
- Die Schließung der Rheinhausen-Halle ist vom Tisch.
- Die Mittel für die **Städtepartnerschaft** werden nicht gekürzt.
- Es werden keine **Stadtteilbibliotheken** geschlossen, auch die Fahrbibliothek bleibt erhalten.
- Die **Elternbeiträge** für die **Kindertagesstätten**, die um 70 Prozent steigen sollten, bleiben wie bisher bestehen. Auch das geplante **Verpflegungsentgelt** für die Kita ist vom Tisch.
- Die **Sprachförderung** bleibt unangetastet, auch freiwillige Mittel für die Sprachförderung soll es weiterhin geben.
- Es wird weiterhin sowohl einen **Beirat** für Menschen mit Behinderung geben als auch einen Seniorenbeirat.
- Die **Brunnenanlagen** werden nicht deaktiviert.
- Die Kosten für die Unterhaltung der **Grünpflege** werden nicht um zwei Millionen Euro gestrichen.
- Abgelehnt sind auch die geplanten Streichungen oder **Kürzungen** von **Zuschüssen** bei der Familienberatung, bei der Aids-Beratung, bei psychatrischen Hilfsvereine sowie bei der Schwangerschaftsberatung.

Von der Tränenliste gestrichen

Höhere Kita-Gebühren und Sprachförderung

Finanzplanung bis 2021, in Millionen Euro

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Sparpaket	Landeshilfe	Eigenkapital	Kredite
2011	1.251	1.391	0	0	-345	1.708
2012	1.290	1.414	10	52,5	-463	1.786
2013	1.354	1.411	25	52,5	-543	1.826
2014	1.387	1.399	45	52,5	-568	1.811
2015	1.417	1.409	55	52,5	-570	1.773
2016	1.448	1.435	61	52,5	-569	1.733
2017	1.480	1.461	70	42,0	-569	1.692
2018	1.514	1.489	76	31,5	-568	1.651
2019	1.549	1.518	82	21,0	-567	1.610
2020	1.585	1.529	82	10,5	-552	1.555
2021	1.624	1.563	82	0	-543	1.506

Alle Angaben in Millionen Euro, Daten basierend auf der Vorlage „Eckwerte Haushaltssanierungsplan 2012 bis 2021“ der Stadt Duisburg

HINTERGRUND UND ERKLÄRUNG

- Die Stadt hat derzeit weniger **Einnahmen** (jährliche Erträge durch Steuern, Gebühren und Zuweisung des Landes und Bundes) als **Ausgaben** im Jahr, das soll sich erstmals 2015 wieder ändern.
- Das **Sparpaket**, der Eigenanteil der Stadt im sogenannten „Haushaltssanierungsplan“, zeigt die Summe, die für den Ausgleich (erstmals 2016 geplant) eingespart werden muss.
- Die **Landeshilfe** aus dem Stärkungspakt in Höhe von 52,5 Millionen Euro im Jahr wird ab 2017 wieder schrittweise bis 2020 zurückgefahren.
- Negatives **Eigenkapital** bedeutet: Die Schulden sind höher als sämtliche Besitztümer der Stadt.
- Die **Kassen-Kredite** sind die Schulden der Stadt bei den Banken, aktuell rund 1,7 Milliarden €.

Das kommt auf die Bürger zu

Freibäder schließen, höhere Grundsteuer

Das sind die Änderungen und Alternativen, die von der Ratsmehrheit gestern beschlossen wurden:

- Wir müssen uns von einigen Freibädern verabschieden: Das **Allwetterbad Walsum** wird zu einem reinen Hallenbad umgewandelt.
- Der Freibadbereich des **Kombibads Homberg** wird geschlossen. Das verbleibende Hallenbad in Homberg soll entweder vom Stadtsportbund oder vom DSSC 09/20 übernommen werden.
- Das **Freibad-Becken am Kruppsee** in Rheinhausen, das von einem Verein geführt wird, soll zwar erhalten, dafür aber die Mittel gekürzt werden. Erhalten bleibt auch das Bad in **Neuenkamp**.
- Ob das **XXL-Bad** noch gebaut wird, wird später entschieden.
- Steuern gehen rauf: Die von der Verwaltung geplante Erhöhung der **Gewerbesteuer** wird vorgezogen, ab 2014 steigt der Hebesatz von heute 490 um 15 Punkte, ein Jahr später um 20 und 2016 um 30 Punkte.
- Die **Grundsteuer** soll ebenfalls bereits ab 2014 steigen, von heute 590 soll sich der Hebesatz dann um 20 Punkte auf 610 erhöhen.
- Der **Rat** soll um zwei Sitze verkleinert werden, ebenso jede der sieben **Bezirksvertretungen**.
- Der **Zentrale Einkauf** soll nach einem Gutachten der DVV neu organisiert werden und jährlich Einspar-effekte von 5 Mio Euro bringen.
- Die **Marketing-Gesellschaft** (DMG) soll neu strukturiert werden. Die **Bildungsholding** wird aufgelöst.
- Städtische Gesellschaften wie Hafen AG, Gebag und DVV sollen künftig **Dividenden** zahlen.



Oper gerettet, Ballett wird ausgegliedert

Mit einer Million Euro weniger aus Duisburg muss die Deutsche Oper am Rhein ab 2014 auskommen, das Ballett soll ausgegliedert, Ticketpreise erhöht werden. Ebenso hat Rot-Rot-Grün gestern im Rat beschlossen, bei Kulturbetrieben und Philharmonikern 450.000 Euro zu sparen. Die Linke fordert zudem, dass die „veränderte Stadtbevölkerung“ stärker im Programm berücksichtigt wird. „Das Angebot entspricht nicht der multikulturellen Zusammensetzung unserer Stadtbevölkerung“, so Dierkes.

IB/FOTO: WEIGELT/DOR

siehe Bericht **FEUILLETON**

Steuern steigen kräftig

RP
26.06.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken hat der Rat gestern den **Haushaltssanierungsplan** verabschiedet. Die **Opernehe** wird nicht gekündigt, Gewerbe- und Grundsteuer erhöht, zwei Freibäder werden geschlossen.

VON MIKE MICHEL

Das ist ein gewaltiger Kraftakt: 82 Millionen Euro sind bis 2021 einzusparen. Rein rechnerisch zumindest ist die Summe zustande gekommen – in einer Mischung aus Kürzungen, Reduzierungen und Steuererhöhungen.

Hier wird gespart: Die **Opernehe** wird zunächst nicht gekündigt. Durch Ticketing, Ausgliederung des Balletts, Einsparungen beim Personal, Eintrittspreiserhöhung und Verlagerung des Opernhops sollen 1,45 Millionen Euro eingespart werden. Die Ausgliederung des Balletts kann durch eigene Vorschläge kompensiert werden. Zur Kontrolle der Einsparungen soll die Operngemeinschaft künftig nur noch für jeweils zwei statt wie bisher für vier Jahre verlängert werden. Als Option soll die Kündigungsfrist um drei Monate vom 31.

Juli auf den 31. Oktober verlängert werden.

Das **Allwetterbad Walsum** und das **Kombibad Homberg** werden zu reinen Hallenbädern. Das Bad in Homberg soll künftig vom Stadt-sportbund oder dem Duisburger Schwimm- und Sportclub 09/20 übernommen werden. Das **Freibad Kruppsee** in Rheinhausen bleibt erhalten, die Zuschüsse werden gekürzt. Über das geplante **XXL-Bad** in Hüttenheim wird später entschieden. Die Zusammenführung von Schulverwaltung, Volkshochschule und Stadtbibliothek unter das Dach der **Bildungsholding** wird beendet, die Holding aufgelöst.

Die Zahl der **Ratsmandate** und die Mandate der Bezirksvertretungen werden um jeweils zwei verringert. Die Organisation in den Bezirken wird verändert, zum Beispiel wird die Funktion des stellvertretenden Bezirksamtsleiters abgeschafft.

Hier wird nicht gespart: Die Zahl der **Bezirksvertretungen** bleibt erhalten, Anteile des **Klinikums** werden nicht verkauft. Die **Rheinhausenhalle** wird nicht geschlossen. **Stadtteilbibliotheken** und die **Fahrbibliothek** bleiben erhalten. Auch bei der Sprachförderung soll nicht gestrichen werden.

Die **Elternbeiträge** für die Kitas werden nicht erhöht, der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderungen werden nicht eingestellt. Die Springbrunnen werden nicht abgestellt, die Zuwendungen für **psychiatrische Hilfsvereine** nicht reduziert.

Kompensationen und Steuererhöhungen: Der Verzicht auf Einsparungen in diesen Bereichen erfolgt nicht ohne Gegenleistungen. Durch den Einsatz von Notebooks im Rats- und Bezirksbereich sollen jährlich 150 000 Euro an Druckkosten eingespart werden. Durch die

Schaffung eines **Zentraleinkaufs** für die Stadt und ihre Gesellschaften sollen ab 2019 jährlich rund sechs Millionen Euro eingespart werden. Im nächsten Jahr soll die Einsparung bei einer Million Euro liegen, 2014 bei 2,5 Millionen, 2015 bei vier Millionen, 2016 bei fünf Millionen und 2017 und 2018 bei jeweils 5,5 Millionen Euro.

Die meisten Einnahmen werden durch die Erhöhung von **Gewerbe- und Grundsteuer** erwartet. Die Gewerbesteuer wird 2014 um 15 Punkte erhöht, ab 2015 um 20 und ab 2016 um 30 Punkte. Zusammen mit der Grundsteuer werden 2014 knapp neun Millionen Euro zusätzlich eingenommen, 2021 sind es sogar 21,3 Millionen Euro.

Die Aufstellung von „**Starenkästen**“ zur Geschwindigkeitskontrollen, etwa an der B 288, soll ab 2014 jährlich rund 250 000 Euro zusätzlich einbringen.



Sparopfer: Ob das **Ballett** unter dem Dach der Deutschen Oper am Rhein bleibt, ist ungewiss. Dazu bedarf es **weiterer** Einsparungen. FOTOS (2): ARCHIV



Neue Einnahmequelle: **Starenkästen** wie dieser waren in Duisburg bisher nicht zu sehen. Nun sollen sie helfen, die **Stadtkasse** zu füllen.

Realistische Aussicht auf Genehmigung



Herbert Mettler (SPD) kritisierte die Verwaltung.
FOTOS (4): ARCHIV

(mtm) Haushaltsreden bringen selten viel Neues, wenn sie auch häufig einen hohen Unterhaltungswert haben. Meist werden längst bekannte Argumente ausgetauscht. Das war gestern im Rat nicht anders. „Wir unterscheiden uns damit absichtlich und für jeden erkennbar von denen, die seit sechs Wochen durch die Stadt laufen und alles und jedes versprechen, aber nicht, wie sie den Haushalt ausgleichen wollen“, sage SPD-Fraktionschef Herbert Mettler, der zugleich die Verwaltung rügte, „fatale Zahlenfehler“ in ihre Berechnungen gemacht zu haben, Zahlen nicht korrekt berechnet zu haben oder Folgewirkungen von Maßnahmen nicht überdacht zu haben. Petra

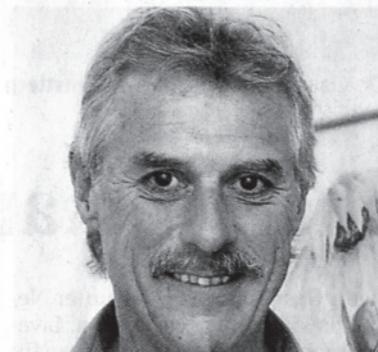


Petra Vogt (CDU) warf der SPD vor, „Luftnummern“ getätigt zu haben.

Vogt (CDU), die wie berichtet in den Landtag als Abgeordnete einzieht und daher gestern ihre letzte Ratsitzung hatte, warf der SPD vor, „Luftbuchungen“ getätigt zu haben. „Hier werden von der SPD-geführten Ratsmehrheit lustige Zahlenreihen eingeworfen, Luftnummern eingespeist und heftig gewürfelt, damit zumindest auf dem geldigen Papier die 82 Millionen Euro erreicht werden“, sagte sie.

Hoffen auf positiven Bescheid

Der Haushaltssanierungsplan muss bis zum 30. Juni der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Regierungspräsidentin entscheidet dann bis zum 31. Oktober über eine Genehmi-



Prof. Dieter Kantel (Grüne) hofft auf neue kommunale Finanzhoheit.

gung. Prof. Dieter Kantel (Grüne) erwartet einen positiven Bescheid aus Düsseldorf. „An diesem Haushaltssanierungsplan ist bemerkenswert, dass er tatsächlich – und das ist vollkommen anders als in den Jahren zuvor – eine realistische Aussicht auf Genehmigung hat. Und ein mögliches und auch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Placet würde bedeuten, dass wir die kommunale Finanzhoheit wieder erhalten, die wir lange Jahre nicht hatten“, meinte er.

FDP-Fraktionschef Wilhelm Bies plädierte erneut für eine Privatisierung städtischer Gesellschaften. „Die defizitär arbeitenden oder abenteuerlich am Markt agieren-



Wilhelm Bies (FDP) befürwortet mehr Privatisierungen.

den staatlichen Gesellschaften sind ein Mühlstein am finanziellen Hals der Stadt Duisburg“, so Bies. Karlheinz Hagenbuck (DWG) schlug vor, den Wohnungsbestand der Gebag innerhalb von zehn Jahren abzuverkaufen.

Das sieht Linken-Fraktionschef Hermann Dierkes grundsätzlich anders. Seiner Partei sei es vor allem darum gegangen, einen sozialen und kulturellen Kahlschlag zu verhindern. Ratsherr Knut Happel (Bürger Union) bezeichnete die Reduzierung der Bezirke und Bibliotheken, Bäder- und Schulschließungen und Streichung von Stellen im Personalhaushalt angesichts stetig sinkenden Einwohnerzahlen als „absolut zumutbar“.

Der Haushaltssanierungsplan			
Jahr	Richtwert der Einsparungen	Ratsbeschluss	Verwaltungsvorschlag
2012	10,0 Mio	10,1 Mio	23,2 Mio
2013	25,0 Mio	25,3 Mio	32,3 Mio
2014	45,0 Mio	45,3 Mio	43,1 Mio
2015	55,0 Mio	53,7 Mio	53,3 Mio.
2016	61,0 Mio	64,5 Mio	61,7 Mio
2017	70,0 Mo	72,2 Mio	71,0 Mio
2018	76,0 Mio	78,3 Mio	80,9 Mio
2019	82,0 Mio	84,0 Mio	86,6 Mio
2020	82,0 Mio	92,7 Mio	95,3 Mio
2021	82,0 Mio	99,8 Mio	102,6 Mio

Die Verwaltung rechnete nach, wie sich die Änderungen auswirken.

Trotz Änderungen im Soll

Haushaltssanierung: Wie sich die Ratsbeschlüsse auswirken

Von Alfons Winterseel

Dem Kämmerer dürften die Änderungen durch Rot-Rot-Grün für den Haushaltssanierungsplan nicht gefallen haben: Während er schon dieses Jahr 23,2 Mio. sparen wollte, kürzte ihm die Ratsmehrheit rund 13 Millionen aus seinem Plan. Peter Langner wäre aber auch ein schlechter Wächter der Duisburger Finanzen, wenn ihm so etwas gefallen würde. Er will schließlich die Penunsen zusammenhalten und möglichst schnell in der Lage sein, tatsächlich mit dem Abbau der 1,7 Mrd Euro Schulden zu beginnen.

Trotz der durchgesetzten Veränderungen wird das Sparziel in diesem Jahr dem Plan nach erreicht: Der „Richtwert“, der für dieses Jahr der Bezirksregierung gemeldet wurde, liegt bei 10 Millionen Euro Sparvolumen. Während die Ver-

waltung Vorschläge gemacht hatte, in diesem Jahr bereits 23,2 Mio Euro einzusparen, reduzierte die Ratsmehrheit von SPD, Grünen und Linken das Sparvolumen auf 10,1 Mio. Euro. Beispiel: Die Verwaltung wollte die Duisburger Zierbrunnen trocken legen. Sparvolumen: 65 000 Euro, aber vom Rat nun abgelehnt. Wie sich die Änderungen auf den auf zehn Jahre angelegten Haushaltssanierungsplan auswirken, zeigt die nebenstehende Tabelle auf der Basis der Daten der Stadtverwaltung, die die Auswirkungen der Beschlüsse bereits durchgerechnet hat.

Ganz wichtig ist dabei das Jahr 2016, denn bis dahin erhält Duisburg aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen jedes Jahr 52 Mio. Euro. Zusammen mit diesem Geld muss 2016 der Haushaltsausgleich geschafft werden: Einnahmen gleich Ausgaben. In den Folgejahren

zieht sich das Land aus der Co-Finanzierung des Duisburger Haushalts immer weiter zurück. Trotzdem muss der Haushalt ausgeglichen bleiben, die Sparmaßnahmen also viel stärker greifen als in den Jahren bis 2016. Damit das trotz der abgemilderten Sparmaßnahmen funktioniert, wurde unter anderem die – auch von der Verwaltung vorgeschlagene – Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer vorgezogen: Ab 2014 werden die beiden Steuerarten angehoben und spülen knapp neun Millionen Euro in den Haushalt 2014.

Was der Bürger von den Sparmaßnahmen in diesem Jahr spürt:

Schule: Reduzierung von Budgetzahlungen für Schulbücher an Schulen (gespart: 100 000 €, vorhandene Budgets reichen aus);

Bereich Jugend: Kürzung bei außerörtlichen Ferienfahrten (30 000 €, wenig genutzt);

Auf das geplante Jugendparlament wird verzichtet (318 302 €), bestehende Einrichtungen in den Bezirken bekommen 35 000 €;

Reduzierung der Wohnungsbauförderdarlehen (35 000 €);

Umsetzung eines Urteils des BSG zur Unterkunft für volljährige behinderte Kinder (750 000 €);

Zuwendung zur Begrünung von priv. Hofflächen (1000 €);

Neufestsetzung von Gebühren für Bescheinigungen zu Vorkaufrechten (8000 €)

Umwelt: Einstellung Klimatisch (67 300 €, bereits in der Abwicklung).